ALTE ARGUMENTE IM NEUEN LICHT

Von Christoph Boyer und Jaroslav Kučera

I.

Zur Einstimmung befassen wir uns mit einem Anwurf, der Prinz' grobschlächtigen Umgang mit Begriffen illustriert: Er etikettiert uns als Vertreter der „alten tschechoslowakischen Staatsideologie“, welche die Deutschen in der ČSR lediglich als „Sand im Getriebe“ betrachtet haben. Selbst wenn man zugesteht, daß die in der Tagespresse gebotene Kürze Verzerrungen Vorschub leistet, können derlei wohlfeile Einsortierungen im (Un-)Geist des Lagerdenkens doch nicht unkorrigiert stehenbleiben.

Der Begriff der „Staatsideologie“ unterstellt die Existenz einer ausdifferenzierten, staatsoffiziellen und von allen maßgeblichen politischen Kräften eines Landes als verbindlich anerkannten handlungsleitenden Doktrin. Die Metapher vom „Sand im Getriebe“ evoziert die Vorstellung von etwas höchst Lästigem, Störendem und deshalb, koste es was es wolle, durchaus auch mit menschenverachtenden Methoden, zu Beseitigendem. Diese Prinzsche Fata Morgana hat mit der vielschichtigen Realität des tschechisch-deutschen Verhältnisses in der Zwischenkriegszeit, in der sich Konflikt und Kooperation reich facettiert mischten, nichts zu tun. Daß auf der tschechischen Seite wenig Begeisterung herrschte über die Anwesenheit einer starken deutschen Volksgruppe, ohne deren Siedlungsgebiete der Staat nicht lebensfähig war, ist eine Binsenweisheit. Der Konsens des „tschechischen Lagers“ beschränkte sich aber auf den einen und einzigen Punkt, daß die Erste Republik der Nationalstaat der Tschechen und Slowaken sei und den Deutschen die Position einer Minderheit zukomme. Eine verbindliche Aussage über die Ausgestaltung der Stellung der Deutschen im Staate, die dieses Einverständnis zu einer „Staatsideologie“ entfaltet hätte, war damit keinesfalls impliziert oder überhaupt nur beabsichtigt. Träumten Häufchen tschechischer Radikaler von einer – nicht Eliminierung, sondern höchstens Assimilierung der

⁴ Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich. Hrsg. v. Horst Möller, Andreas Wirsching und Walter Ziegler. München 1996, 273–285.

⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 15. 8. 1996.

Deutschen auf lange Sicht, so rechnete das verantwortliche Zentrum der tschechischen Politik mit den Deutschen ganz pragmatisch als ernstzunehmenden Mitspielern auf Dauer. Da nicht wenige tschechische Politiker in der Ausgestaltung dieser „cohabitation“ eine unabdingbare Voraussetzung für die Stabilisierung der Republik erblickten, drehte sich der nationalitätenpolitische Diskurs somit nicht um das „Ob“, sondern um das „Wie“ des Zusammenlebens. Die vielfältigen Auffassungen hierzu bestimmten die – von der Forschung über weite Strecken immer noch schwach ausgeleuchtete – Praxis, und zwar in der Form eines Kompromisses, welcher in der zwanzigjährigen Lebensspanne der Ersten Republik, je nach den „makropolitischen“ Umständen, in unterschiedlichen Sphären und Lebenswelten, in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft deutlich divergierende Erscheinungsformen annehmen konnte.

Prinz' Verdikt über die Erste Republik ist grobschlächtige Polemik, die die Kampfrhetorik der Zwischenkriegszeit dürrig übertüncht fortsetzt. Unbestritten ist, daß die Deutschen die Modalitäten des Zusammenlebens oft zu Recht als unbefriedigend erachteten. Ebenso wenig kontrovers ist aber, daß der von der tschechischen Seite zuweilen schüchtern offerierte *modus vivendi* – mit durchaus ausbaufähiger Langfristperspektive – auf die tauben Ohren intransigent Maximalisten stieß. Chancen wurden verpaßt – allerdings diessseits und jenseits der Volkstumsgrenze, und durch die Schuld der beinharten Chauvinisten beider Lager. Die Republik war, um in Prinz' Bilde zu bleiben, ein mit Sand verunreinigtes, knirschendes, zuweilen stockendes Räderwerk; Radikallösungen – Auskehren des Sandes oder gar Zertrümmerung des Getriebes – kamen erst später in Mode. Wohl gemerkt: 1938, nicht erst 1945.

II.

Prinz' Rezension ist eine Vogelschau der Nationalitätenproblematik. Wir vermischen jedoch in wesentlichen Punkten den Adlerblick. Da wir auf die allermeisten der zahlreichen Sachfehler¹ und Schludereien nicht eingehen können, konzentrieren wir uns auf das zentrale Problem, ob Henlein „ex tunc“ Nationalsozialist reichsdeutscher Prägung gewesen ist, ob bzw. ab wann seine Bewegung bzw. Partei „nationalsozialistisch“ genannt zu werden verdient und als eine „Fünfte Kolonne“ des Dritten Reiches einzustufen ist.

1. Explikation dieser Fragestellung und Präzisierung der Begriffe: Selbstverständlich war die SHF/SdP niemals organisatorischer Bestandteil der NSDAP; es kann also nur um den Aufweis mehr oder weniger enger praktisch-politischer Abhängigkeiten

¹ Hierfür nur ein Beispiel: Prinz spielt die finanzielle Abhängigkeit der SdP von Berlin herunter. Korrekt – mit RM 330 000 – wird nur der Beitrag des Reichs zu den Kosten des Wahlkampfes von 1935 angegeben; der Zuschuß zur Parteizeitung hingegen betrug nicht RM 30 000 jährlich, sondern schon für die beiden Jahre 1935 und 1936 zusammen RM 250 000. Hinzu kommt für die Zeit von 1935 bis 1938 ein Zuschuß zu den allgemeinen Kosten der Parteiarbeit in Höhe von RM 18 000 monatlich. Prinz' Gleichsetzung der reichsdeutschen Finanztransfers nach 1933 mit der Unterstützung der Auslandsdeutschen durch das Reich in den zwanziger Jahren ist ein offenkundiger apologetischer Salto mortale. Siehe hierzu K u č e r a, Jaroslav: Finanční podpora Německé říše Sudetoněmecké straně v letech 1935–1938 [Die finanzielle Unterstützung der Sudetendeutschen Partei durch das Deutsche Reich in den Jahren 1935–1938]. *Český časopis historický* 95 (1997) 99–122.

gehen. Auch in programmatisch-ideologischer Hinsicht gab es keine bruchlose Identität; zur Erörterung steht der Grad der „Familienähnlichkeit“ an.

2. Stand der Forschung: Weitgehender Konsens besteht darin, daß die Entwicklung der SHF/SdP anfänglich in relativer Eigenständigkeit verlief. Die Forschung befindet sich allerdings im Fluß und weist noch manche Lücke auf². Unser als Zwischenresümee gedachter Beitrag fußte immerhin bereits auf einer eingehenden Analyse der Programmatik und der Politik der SHF/SdP, sowohl anhand der publizierten Dokumente als auch auf der Basis der seit 1989 in Prag zugänglichen Archivalien. Prinz hingegen stützt seine Ausführungen³ nicht auf selbständige Quellenarbeit, sondern auf die These seines Kronzeugen Smelser⁴ von den „eigenständigen Wurzeln“ der Heinlein-Bewegung zumindest bis 1937.

3. Stand unserer Kontroverse: Auch wir konstatieren eine gewisse „Anfangsdistanz“ der SHF/SdP zur NSDAP, erachten diese allerdings für wesentlich geringer als Prinz. Den Vorwurf, wir hätten uns „zu einem von Anfang an schiefen, das heißt negativen Bild“ hinreißen lassen, das dem nicht- oder antinationalsozialistischen Potential der SdP nicht gerecht werde bzw. dieses „offenbar“ geringschätze, wenden wir gegen seinen Urheber. Anders als dieser geraten wir nicht in Beweisnot angesichts der Frage, warum die letztendliche offene Eingemeindung der SdP durch den Nationalsozialismus so zügig und so reibungslos verlief. Eine Erklärung für das – auch von ihm konzedierte – „katastrophale und schließlich auch schuldhaftende Ende der SdP“, bleibt Prinz schuldig.

4. Unser Vorgehen: Wir diskutieren in (III) zwei Thesen zum „Faktor Spann“. In (IV) stellen wir einige zusätzliche Argumente für die Nähe von SdP und NSDAP auf den Prüfstand.

III.

These I: Prinz und Smelser führen das unbestreitbare Faktum der engen Anbindung maßgeblicher Teile der SHF/SdP an die – angeblich dem Nationalsozialismus fernstehende – Lehre Spanns ins Feld. Zwar ist die Einschätzung korrekt, wichtige

² Eine Ausnahme sind die – leider immer noch skizzenhaften – Überlegungen Kurals: Vgl. Kural, Václav: *Konflikt místo společenství? [Konflikt anstatt Gemeinschaftlichkeit?]*. Praha 1993, 115–124 und 141–144.

³ Wir stützen uns, abgesehen von der FAZ-Rezension auf Prinz, Friedrich: *Geschichte Böhmens 1848–1948*. Frankfurt/M. - Berlin 1991. – Ders. (Hrsg.): *Böhmen und Mähren*. Berlin 1993 (*Deutsche Geschichte im Osten Europas* 2).

⁴ Vgl. Smelser, Ronald M.: *Reich National Socialist and Sudeten German Party Elites: A Collective Biographical Approach*. *Zeitschrift für Ostforschung* 23 (1974) 639–660. – Ders.: *At the Limits of a Mass Movement: The Case of the Sudeten German Party 1933–1938*. *Bohemia* 17 (1976) 240–266. – Ders.: *Hitler and the DNSAP. Between Democracy and Gleichschaltung*. *Bohemia* 20 (1979) 137–155. – Ders.: *Die Henleinpartei. Eine Deutung*. In: *Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat*. Hrsg. v. Karl Bosl. München 1979, 187–201. – Ders.: *Das Sudetenproblem und das Dritte Reich. Von der Volkstumspolitik zur nationalsozialistischen Außenpolitik*. München - Wien 1980. – Andere Geistesverwandte Prinz' konnten in diesem kurzen Text nicht berücksichtigt werden; einer eingehenderen Untersuchung wert wären auch die Schriften Walter Bechers, etwa sein Buch *„Der Blick aufs Ganze. Das Weltbild Othmar Spanns. Gedanken zur Jahrtausendwende“*. München 1985.

Strömungen in der SHF/SdP hätten sich „grundsätzlich“ am Spannischen Denkkreis orientiert. Die Affinitäten zwischen Nationalsozialismus und „Spannismus“ sind in den meisten Punkten aber weitaus enger, als es unsere Kontrahenten wahrhaben wollen. Gerade aufgrund ihrer Tuchfühlung zu Spann stand die SHF/SdP dem Nationalsozialismus sehr viel näher, als Prinz und Smelser zu konzedieren bereit sind⁵.

Erläuterung: Prinz und Smelser konstruieren einen „traditionalistischen“, d. h. nichtnationalistischen Flügel der SHF/SdP; Smelser rechnet diesem sogar fast die gesamte Henlein-Partei zu, einschließlich einiger Protagonisten, die gemeinhin als in der Wolle gefärbte Nationalsozialisten gelten, wie etwa K. H. Frank⁶. Die Kategorie bleibt allerdings ungeachtet aller Paraphrasen – „Vielfalt konservativer Aktivisten“, „Mischung orthodox Konservativer“⁷ – schwammig; Prinz, der in Smelsers Kielwasser die „Traditionalisten“ im Spektrum der „nationalkonservative(n) Gruppierungen“⁸ verortet, trägt zur Klärung nichts bei. Die SHF/SdP-„Traditionalisten“ nun, identifiziert Smelser mit den führenden Köpfen des „Kameradschaftsbunds“, welcher Spanns Anschauungen⁹ nahegestanden habe. Weil Spanns Lehre zum Nationalsozialismus deutliche Distanz gehalten habe, müsse der Kameradschaftsbund als einer „der stärksten Gegner des Nationalsozialismus“ eingestuft werden¹⁰.

Welche Indizien könnte man für die behauptete Kluft zwischen dem „Traditionalismus“ bzw. „Spannismus“ einerseits, dem Nationalsozialismus andererseits anführen? Bezeichnenderweise changiert Smelsers Auffassung: Die „Traditionalisten“ hätten „oft ganz unwissentlich die Nazibewegung durch ihre unklare, stark völkische Denkungsart“ und durch „gedankenlose Begeisterung für eine nationale Erneuerung“ gefördert¹¹; die völkische Ideologie sei „seit Jahrzehnten antidemokratisch, antiliberal und antislawisch eingestellt“ gewesen und habe „zu autoritären und rassistischen Grundsätzen“ tendiert¹².

Angesichts der durch solche Formulierungen insinuierten intimen Geistesverwandtschaft zum Nationalsozialismus verblüfft das Fazit, „Grundlage“, „Führung“ und „ideologisch rationale und politische Orientierung“ der SHF seien „entschieden anders als die des NS“ gewesen¹³.

Im Einklag mit der ersten Seele in Smelsers Brust diagnostizieren wir – um eine vorsichtige Formulierung zu wählen – zum allermindesten eine verdächtige „Kompatibilität der Ideen“. Die Spannsche Lehre, deren Topoi die Literatur gemeinhin dem „weiteren Bereich der antidemokratischen Ideologiebildung“ der Zwischenkriegszeit

⁵ Prinz empfehlen wir an dieser Stelle, sich nicht allzu unkritisch auf zeitgenössische, oft machtpolitisch instrumentalisierte Wahrnehmungen bzw. auf die treuherzigen apologetischen Beteuerungen von Zeitzeugen, die dies bitter nötig haben, zu stützen.

⁶ Smelser: Das Sudetenproblem 227.

⁷ Ebenda 19 bzw. 217.

⁸ Prinz: Geschichte Böhmens 412. – Ders. (Hrsg.): Böhmen und Mähren 396.

⁹ Smelser: Das Sudetenproblem 59.

¹⁰ Ebenda 57.

¹¹ Ebenda 19.

¹² Ebenda.

¹³ Ebenda 56.

zurechnet¹⁴ und die im Autoritarismus einen Dritten Weg zwischen Demokratie und Diktatur gefunden zu haben meinte, ist bekanntlich ein Bestandteil der Konservativen Revolution, die ideologisch in vielfacher Hinsicht dem Nationalsozialismus den Weg bereitete. Bracher hat dargetan¹⁵, daß es Spann ebensowenig wie anderen Teilströmungen der Konservativen Revolution gelungen ist, sich überzeugend gegen den Nationalsozialismus abzugrenzen. Diese Bruderschaft im Geiste hat ihr Pendant in einer dubiosen Verträglichkeit der Persönlichkeiten und „Milieus“: Zunächst nehmen wir zu den Akten, daß die „fundierte“ Gesellschaftskritik Spannschen Kalibers dem ideologisch dürftig bestückten Nationalsozialismus der frühen zwanziger Jahre durchaus zupaß kam. Hitler pflog bis zur Mitte der zwanziger Jahre „in regelmäßigen Abständen“ mit Spann Verkehr¹⁶. Auch später tolerierte man sich nicht nur, Ansätze zur Zusammenarbeit waren unverkennbar.

Nun gerieten bekanntlich die „Spannianer“ am Ende doch auf die Liste derjenigen, die der „Führer“ loszuwerden gedachte. Dies – so könnte eingewendet werden – sei der Beleg für eine ideologische Kluft zum Nationalsozialismus. Differenzen gab es in einem Punkt tatsächlich: Als die NSDAP in der Endphase von Weimar zur Macht drängte, gedachten einige Jünger Spanns, die nationalsozialistische Partei, von der sie sich die Realisierung ihrer Vorstellungen vom „ständischen Aufbau der Gesellschaft“ erhofften, als Trittbrettfahrer zu nutzen. Dies war ein folgenschwerer Irrtum, da ein in relativ autonome Stände gegliedertes Gemeinwesen dem „Führer“ auf dem Weg zur absoluten Macht nur ungelegen kommen konnte. Die „Spannianer“ mußten aus diesem Grund im Reich 1934 eine bedeutende Einschränkung ihrer Aktivitäten hinnehmen. Etwa ein Jahr später wurde die Kriegserklärung dem Meister selbst überreicht. Im Mai 1936 erwähnte ein in der Literatur häufig zitierter geheimer RSHA-Bericht Spanns Universalismus gar in einem Atemzug mit den notorischen Feinden des Nationalsozialismus, der „römisch-katholischen Welttheokratie“, der „kommunistischen Weltrevolution“ und der „geheimen Weltregierung der Freimaurer“¹⁷.

Gemessen an dieser apodiktischen Freund-Feind-Rhetorik und im Lichte von Hitlers sonstigen drastischen Gepflogenheiten im Umgang mit seinen ideologischen Gegnern, erfolgte die Abrechnung dann allerdings auf eine verdächtig milde Art. Gerade auch die Exponenten des „Spannismus“ in der SHF/SdP konnten in einem System, für das Menschenleben gemeinhin nichts zählten, überleben – und zwar nicht nur am Rande oder im Schatten. Deswegen müssen die SdP-internen Auseinandersetzungen des Jahres 1936, die die offene Hinwendung der Partei zum Nationalsozialismus reichsdeutscher Prägung in die Wege leiteten und in die das Reich schlichtend eingriff, auch wohl eher als Abrechnung en famille interpretiert werden denn als ideologische Offensive

¹⁴ Bracher, Karl Dietrich: *Zeit der Ideologien*. Stuttgart 1984, 173. – Sonthheimer, Kurt: *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik*. München 1978, 34. – Siegfried, Klaus-Jörg: *Universalismus und Faschismus. Das Gesellschaftsbild Othmar Spanns*. Wien 1974, 77.

¹⁵ Bracher: *Ideologien* 173.

¹⁶ Steinacher, Hans: *Erinnerungen und Dokumente*. Hrsg. v. H.-A. Jacobsen. Boppard am Rhein 1970, 587. Hans Steinacher war Bundesleiter des VDA 1933–1937.

¹⁷ Archiv des IfZ, 413/52, Do 15. 15., RSHA – Geheime Kommandosache: *Der Spannkreis. Gefahren und Auswirkungen*, 4.

gegen den „Spannismus“. Bezeichnenderweise konnten sich die Kameradschaftsbündler in der SdP-Führung im wesentlichen halten: den neuen Kurs zu akzeptieren, fiel ihnen also anscheinend nicht schwer. Auch nach der Annexion des Sudetenlandes wurden die führenden Köpfe des Kameradschaftsbundes nicht zur Rechenschaft gezogen. Die meisten – neben Henlein und Frank auch Sebekovsky, Künzel, Peschka, May u. a. – bekleideten sogar wichtige Ämter. Einige hatten nach 1938 Probleme wegen ihrer „spannistischen“ Belastung, konnten – so Neuwirth – die Beschuldigungen jedoch entweder widerlegen oder kamen – Köllner bzw. Kundt – mit Versetzungen davon¹⁸. Daß – wie Prinz behauptet – Henleins „Mitstreiter vom autonomistischen Parteiflügel und dem Kameradschaftsbund“ 1940 in einem Geheimprozeß verurteilt und ins Konzentrationslager verbracht worden seien¹⁹, ist eine Überzeichnung: Aus der engeren Parteiführung wurde lediglich Brand verdrängt und zur Verbüßung seiner Strafe vergattert. Beiläufig nachgefragt: Ist Slánský als Demokrat rehabilitiert, weil ihm Kommunisten den Prozeß machten?

These II: In einigen Punkten, insbesondere in den Lehren vom „ständischen Aufbau der Gesellschaft“, wich Spann tatsächlich vom Nationalsozialismus ab. Die Ständelehre der SHF/SdP mutet, oberflächlich gesehen, „spannistisch“ an; im wesentlichen aber und bei Lichte besehen, stand die SHF/SdP gerade in dieser zentralen Frage von Anfang dem Nationalsozialismus näher als Spann.

Erläuterung: Spann postulierte eine gewisse Autonomie der Stände in den ihr „Wesen“ direkt betreffenden Sachfragen. Der Partei, bei Spann ebenfalls ein „Stand“, war die Rolle der politischen „Lenkerin“ und Schiedsrichterin zgedacht, die Gegensätze und Spannungen zwischen den Ständen ausgleichen sollte. Im Gegensatz hierzu proklamierte der Nationalsozialismus den ehernen Primat der Politik – soll heißen: der Partei als der „weltanschaulichen Gestalterin“, deren Anforderungen sich die einzelnen Lebensgebiete zu „unterwerfen“ hatten²⁰.

Daß die SHF/SdP im Geiste Spanns „grundsätzlich“ – was auch immer dies über die salvatorische Klausel hinaus bedeuten mag – ständestaatlich orientiert gewesen sei, machte Prinz zufolge²¹ den Kern der ideologischen Differenz zum Nationalsozialismus aus. Nun ist richtig, daß die Programmatik der SHF/SdP mit organizistisch-ständischem Vokabular durchtränkt war²². Allerdings hatte auch das Parteiprogramm der NSDAP von 1920 die – natürlich nie realisierte, wenn überhaupt jemals ernst gemeinte – Forderung nach „Stände- und Berufskammern“ enthalten. Einschlägige Topoi finden sich, etwa im Dunstkreis der nationalsozialistischen Handwerksrhetorik, sogar noch in den späteren dreißiger Jahren – völlig abgehoben von einer Realität, die die Idee der „ständischen Selbstverwaltung“ zugunsten eines weitreichenden, zumindest im Prinzip sogar allumfassenden staatlichen Zugriffs auf die Wirtschaft, seit langem völlig entleert hatte.

¹⁸ Vgl. Mads, Ole Balling: Von Reval bis Bukarest. Kopenhagen 1991. Stichworte: Frank, Künzel, Kundt, May, Neuwirth, Peschka. Henleins Karriere ist allgemein bekannt. Sebekovsky war Regierungspräsident in Karlsbad.

¹⁹ Prinz (Hrsg.): Böhmen und Mähren 398.

²⁰ Der Spannkreis. Gefahren und Auswirkungen 3.

²¹ Prinz: Geschichte Böhmens 412.

²² Vom Wesen und Werden der Sudetendeutschen Heimatfront. Karlsbad 1934, 32–33.

Nimmt man, anders als Prinz, die werbewirksame Oberfläche nicht für bare Münze, sondern destilliert aus dem schwammigen Formelzierat der Ständerhetorik die Substanz, so ist in der Kernfrage des Verhältnisses von ständischer Selbstverwaltung und staatlichen Zugriffsrechten, die von Anfang an enge Verwandtschaft zwischen SHF/SdP und NSDAP in der Theorie, vor allem aber in der Praxis schlechterdings nicht zu leugnen. Die „Ständelehre“ der SHF/SdP – mag sie auch von Spann inspiriert gewesen sein, folgte also dem nationalsozialistischen Vorbild: Auch wenn Henlein im Herbst 1933 von einer „möglichst weitgehenden selbständigen Verwaltung und Eigenständigkeit der Stände“²³ tönte und die Statuten von 1934 die „Stände“ neben der „politischen Organisation“ zum Gliederungsprinzip der SHF erhoben²⁴, so waren doch auf allen Ebenen der Organisation die Ständegruppen dem „politischen Leiter“ völlig untergeordnet. Dem „Ständerat“ war kaum Gestaltungsmacht im inneren Leben der Stände eingeräumt. Er fungierte lediglich als „Beratungsorgan“ des politischen Leiters, dem zu allem Überfluß dort ex officio der Vorsitz zustand. Nur dort, wo er „für den gerechten Ausgleich der gegeneinanderstehenden Standesinteressen“ ungenügend Sorge trug, konnte eine Beschwerde des Ständerates seine Abberufung zur Folge haben. Die politische Führung hingegen konnte jeden der – gewählten! – Standesvertreter seines Amtes entheben. Die Distanz dieses lediglich ständisch verbrämten Primats der Politik zum Spannischen Gedankengut ist offensichtlich.

Zudem rückte die SHF sehr bald überhaupt vom ständischen Prinzip als Strukturprinzip der Gesamtgesellschaft ab: War 1933 bei Henlein noch die Rede vom Aufbau ständischer Organisationsformen in Politik, Kultur, Religion, Erziehung und Wirtschaft gewesen²⁵, so nahm die SHF schon 1934 nur mehr die Wirtschaft in den Blick, wo die „eigenlebigen Volksteile“ zu ihren „natürlichen Aufgaben im Dienste der Gesamtheit“ zurückzuführen und in das „übergeordnete Interesse der Gesamtheit“ „bedingungslos“ einzuordnen waren²⁶. Selbst Walter Brand, das Haupt des „Spannkreises“ im Sudetensland, stellte 1935 den ständischen Aufbau nur für die Wirtschaft in Aussicht²⁷, reduzierte somit Spanns „handelnden Stand“ auf das „dienende Handeln“ in der Wirtschaft. Das „zielgebende Handeln“ – die Politik unter Einschluß von Wissenschaft, Kunst, Moral, Religion und Philosophie – wurde ausgespart²⁸. Die Partei war eher als nationalsozialistische „Gestalterin“ denn als Spannische „Lenkerin“ konzipiert; der Anklang an die den Ständen im Nationalsozialismus zugedachte Rolle des Transmissionsriemens zur Erfassung der Massen war evident.

²³ Vgl. die Rede Henleins am 8. 10. 1933 in Konrad Henlein spricht. Karlsbad 1937, 14. Noch der SHF-Programmbroschüre von 1934 zufolge sollten jeder Stand und jede Berufsgruppe eigene, „vollkommen selbständig ihre Führung“ bestimmende Vertretungskörper bilden. Vgl. Vom Wesen und Werden der Sudetendeutschen Heimatfront. o. O., o. J., 36.

²⁴ Satzungen der „Sudetendeutschen Heimatfront“. Karlsbad 1934.

²⁵ Rede am 8. 10. 1933 in Konrad Henlein spricht. Karlsbad 1937, 14.

²⁶ Vgl. Vom Wesen und Werden der Sudetendeutschen Heimatfront 34.

²⁷ Brand, Walter: Die geistigen Grundlagen unserer Bewegung. Karlsbad 1935, 22f.

²⁸ Rämisch, Raimund Hubert: Die berufsständische Verfassung in Theorie und Praxis des Nationalsozialismus. Berlin 1957, 11.

IV.

Wir diskutieren drei weitere mögliche Argumente für eine angebliche Distanz der SHF/SdP vom Nationalsozialismus: Die Einstellung zur Demokratie, zur Volkstumspolitik und zur „Rassenfrage“.

1. SHF/SdP und Demokratie: In der Anfangsphase der Bewegung begegnet man durchaus häufig Loyalitätsbekundungen gegenüber der tschechoslowakischen Demokratie und eine vehemente Distanzierung von Faschismus und Nationalsozialismus. Diese Verlautbarungen stießen auf Kritik im Reich, teilweise auch auf Befremden in Parteikreisen und waren geeignet, dort Henleins „guten Ruf“ zu unterminieren, stellt man die von Anfang an ins Auge fallende, prononciert nationalsozialistische, wenn auch nicht in jeder Hinsicht mit dem reichsdeutschen Vorbild identische Ausrichtung zumindest eines Teils der Mitglieder seiner Partei in Rechnung.

Prinz' Vertrauen in Henleins Beteuerungen, namentlich in die Versicherungen von Böhmisches Leipa im Oktober 1934, die Persönlichkeitsrechte achten zu wollen sowie seine Bereitschaft, diese als Beleg für den grundsätzlichen Unterschied zwischen SHF/SdP und Nationalsozialismus anzuerkennen, muten rührend an²⁹. Eine sachgerechte Einordnung dieser Treueschwüre zur Republik und der Absagen an den Nationalsozialismus hat im „feindlichen Umfeld“ der Ersten Republik nämlich die gleiche Doppelzüngigkeit in Rechnung zu stellen, die Hitlers Legalitätskurs vor 1933 charakterisierte. Schließlich verkörperte die SHF/SdP für die demokratische ČSR allzu deutlich den sudetendeutschen Nationalsozialismus. Die Nähe zur NSDAP stand so sehr außer Zweifel, daß sie sich bis zu den Wahlen vom Mai 1935 permanent mit der Gefahr des Verbots konfrontiert sah. Henlein konnte seine Ziele jedoch nur im Rahmen der demokratischen Spielregeln erreichen: Man bekenne sich, so der SdP-Abgeordnete Rosche in der Debatte des Budgetausschusses im Herbst 1936, als „Demokraten und Republikaner . . . Wir leben in diesem Staat und können in diesem Staate nichts anderes sein als Demokraten. Aus ganz egoistischen Gründen. Denn an einer Diktatur werden Sie (die Tschechen – Anm. J. K./C. B.) uns nicht teilnehmen lassen und eine Diktatur könnte doch nur eine tschechische sein.“³⁰ Die SdP – so das Fazit in dem bekannten Brief Henleins an Hitler vom 19. November 1937 – müsse „ihr Bekenntnis zum Nationalsozialismus als Weltanschauung und als politischem Prinzip tarnen“³¹.

Bezeichnenderweise waren sowohl Henleins Vorstellungen wie auch die innerparteiliche Praxis der SHF/SdP von demokratischen Gepflogenheiten weit entfernt: Die „organische“, „echte Demokratie der entschlossenen Tat und der sittlichen Persönlichkeit“³² verlangte von der „Volksgemeinschaft“ vorbehaltlose Unterordnung

²⁹ Prinz: Geschichte Böhmens 411. Bezeichnenderweise fand sich dieser Passus nicht im Entwurf der Rede. Er wurde offensichtlich erst aufgenommen, als am 20. September die Hauptleitung, angesichts ernster Schwierigkeiten mit der behördlichen Bewilligung zur Abhaltung der Veranstaltung, sich zu einer programmatischen Erklärung „für die Demokratie, gegen den Imperialismus und gegen Faschismus“ durchrang: Vgl. Aufzeichnung der Hauptleitungssitzung der SHF am 20. 9. 1935. In SÚA, SdP, Karton 7, 2K-KH 1934–37/4.

³⁰ SÚA, SdP, Karton 52, 28-PK 1935–38/4. Rede Rosches am 4. 11. 1936.

³¹ ADAP II, S. 40–51.

³² Ursprüngliche Fassung der Rede Henleins für Böhmisches Leipa vom Oktober 1934; Wort-

unter das „Ganze“; dessen Belange formulierten nicht die Mitglieder, sondern die „in vollster persönlicher Verantwortung“ handelnden, „die größte und härteste Verantwortung“ tragenden und „zutiefst im Dienste am Ganzen gebunden(en)“ „Führer des Volkes“³³. Daß einzelne „politische Leiter“ – Henlein nicht ausgenommen – gewählt wurden, zählt ebensowenig wie das Faktum, daß Hitler 1921 per Wahl zum „Führer“ der NSDAP aufgestiegen war. Abstimmungen waren in der SHF/SdP formal-akklimatorische Besiegelungen des Willens der Hauptleitung und des „Führers“. Wichtige Teile der Parteispitze wurden zudem gar nicht gewählt: Die Mitglieder der Hauptleitung etwa, waren zum größten Teil von Henlein ernannt worden. Bereits Smelser ist aufgefallen, daß die „Demokratie“ nach Art der SHF/SdP wenig mehr als die politische Mobilisierung des kleinen Mannes darstellte³⁴.

2. SHF/SdP und Volkstumspolitik: Verfehlt wäre es, einen grundlegenden Unterschied zwischen SHF/SdP und Nationalsozialismus in der Frage des Verhältnisses zwischen dem Reich und dem Grenz- bzw. Auslandsdeutschtum dingfest machen zu wollen. Smelsers „Traditionalisten“ betrachteten die deutschen Minderheiten als Entitäten mit eigenen Interessen und Zielen und billigten ihnen das Recht „unbehinderter, autonomer“ Entwicklung zu, welche das Reich via „Volkstumspolitik“ zu unterstützen verpflichtet gewesen sei³⁵. Die Nationalsozialisten hingegen hätten – so wiederum Smelser – die Auslandsdeutschen als ein Vehikel zur Realisierung der NS-Grundsätze in einer über die deutschen Grenzen hinaus erweiterten „Volksgemeinschaft“ angesehen³⁶.

Daß die SHD/SdP in dieser Hinsicht den „Traditionalisten“ – die Problematik des Begriffs bleibe hier dahingestellt – zuzuschlagen sei, mutet verwegen an: Henleins Programm war nämlich von Anfang an durch das bedingungslose Bekenntnis zur „deutschen Kultur- und Schicksalsgemeinschaft“ charakterisiert³⁷. Gewiß war der SHF/SdP an der Herausbildung einer gemein-sudetendeutschen Identität als Kitt der politischen „Vereinheitlichung des Sudetendeutschtums“³⁸ und als Voraussetzung für einen – von der Partei anzuleitenden, ihre Macht befestigenden – Dialog mit den Tschechen „von Volk zu Volk“³⁹ gelegen. Etwas anderes als eine regionale Identität wie die der Bayern oder Sachsen war damit jedoch kaum intendiert. Die gelegentlich von ehemaligen DNSAP-Mitgliedern geübte scharfe Kritik an einer angeblich von

laut des Entwurfs in SÚA, SdP, Karton 1, KH 1933–35/1. – Henlein im Interview mit der New York Times v. 19. 11. 1937.

³³ Vgl. Vom Wesen und Werden der Sudetendeutschen Heimatfront 30. – Brand: Geistige Grundlagen 13.

³⁴ Smelser: Das Sudetenproblem 87.

³⁵ E b e n d a 22f. bzw. 217.

³⁶ E b e n d a 19f.

³⁷ Vgl. beispielsweise den Aufruf Henleins vom 1. 10. 1933 in Konrad Henlein spricht 5. Oder: Vom Wesen und Werden der Sudetendeutschen Heimatfront 41. Wenn Henlein davon spricht, daß „jedem Volke die Freiheit seiner eigenen inneren Entwicklung gesichert sein muß“, dann nur in Bezug auf das sudetendeutsch-tschechische Verhältnis. Vgl. Henleins Rede vom 21. 10. 1934 in Konrad Henlein spricht 33.

³⁸ Vom Wesen und Werden der Sudetendeutschen Heimatfront 33.

³⁹ Vgl. Boyer/Kučera: Die Deutschen in Böhmen. In: Nationalsozialismus in der Region 277–278.

den Kameradschaftsbündlern betriebenen „Verschweigerung“ des Sudetendeutschums⁴⁰, konterten die Adressaten dieser Anwürfe – etwa Brand – denn auch mit der Klarstellung, eine Besinnung auf die eigene Kraft impliziere keine Abkapselung vom Muttervolke, sondern lediglich die Anerkennung der Tatsache, daß „wir politisch eben unter anderen Bedingungen leben als unsere Brüder im Reich, in Österreich oder sonstwo in der Welt“⁴¹. Konkreter wurde Brand 1935 nicht: daß er eine von der Realität des Nationalsozialismus grundsätzlich abweichende Entwicklung angestrebt habe, ist nirgendwo belegt und in Anbetracht des Gesamtkontextes auch unwahrscheinlich.

3. SHF/SdP und „Rassenfrage“: Hinsichtlich der „Rassen-“ und speziell der „Judenfrage“ unterschied sich der Nationalsozialismus tatsächlich vom „Spannismus“ und von der SHF/SdP. Da wir, anders als Prinz, nicht im Handumdrehen alle Probleme mit einer griffigen Antwort bedenken können, formulieren wir lediglich Hypothesen: Generell mußte im sudetendeutschen Milieu, in dem ein großer Teil der Bevölkerung – Heinlein selbst war ein prominentes Beispiel – tschechische Vorfahren aufwies, das Postulat der „Rassereinheit“ als Unding anmuten. Speziell das antijüdische Ressentiment, dem man im sudetendeutschen Milieu in einer vergleichsweise milden Variante begegnet, mag in der böhmisch-österreichischen Tradition eines kulturellen Antisemitismus wurzeln, der wohl „Fremdartigkeit“, nicht aber „rassische Andersartigkeit“ kannte. Aus diesem Grunde konnten die assimilierten deutschsprachigen Juden auch als Angehörige des „deutschen Kulturvolkes“ und als Mitstreiter – wenn auch unter den Vorzeichen des Zionismus nicht immer ganz verlässliche – im Nationalitätenkampf mit den Tschechen vereinnahmt werden. Henleins Ankündigung in der ursprünglichen Fassung der Rede von Böhmisches Leipa, „anständigen Elementen im Judentum“ gegenüber gedenke die SHF sich „loyal“ zu verhalten⁴², wäre im Reich zu dieser Zeit bereits völlig undenkbar gewesen.

Dieser „laue Antisemitismus“ stellt allerdings nur die eine Hälfte der Wahrheit dar: Bereits die „Urfassung“ der Rede von Böhmisches Leipa verbreitete sich nämlich in unverkennbarem NS-Jargon über die „Elemente“ im Judentum, die glaubten, „in oft unflätigster Weise über alles herfallen zu dürfen, was irgendwie mit dem Deutschtum zusammenhängt“. Daß man angesichts derart krasser Formulierungen den gesamten Passus zum Antisemitismus schließlich unterdrückte, mutet im Licht politischer Opportunitätserwägungen kaum verwunderlich an. Juden in den eigenen Reihen behielt die Bewegung/Partei aber durchweg sehr sorgfältig im Auge. Zwar wurde der „Arierparagraph“ in die Statuten offiziell erst im April 1938 aufgenommen: in einem

⁴⁰ Vgl. beispielsweise Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, R 30502 k, Denkschrift der Parteileitung der ehemaligen DNSAP zu den Kandidatenlisten der SHF vom 8. 5. 1935. Der Kameradschaftsbund plane – so lautete hier der Vorwurf – nichts anderes, „als das Sudetendeutschum dem nationalsozialistischen und damit dem großdeutschen Gedanken vollständig zu entfremden“. Bezug wird dabei jedoch nur auf den von Henlein sporadisch gebrauchten Begriff „sudetendeutscher Stamm“ genommen: Vgl. Henleins Rede am 21. 10. 1934 in Konrad Henlein spricht 32.

⁴¹ Brand: Geistige Grundlagen 15.

⁴² Entwurf in SÚA, SdP, Karton 1, KH 1933–35/1.

Interview hatte Henlein aber bereits 1937 augenscheinlich mit „ruhigem Gewissen“ behaupten können, es gebe in der SdP keine Juden⁴³.

V.

Zum Ausklang befassen wir uns mit dem wohl makabersten Resultat der Prinzschen Fertigkeiten im Jonglieren mit Fakten und Begriffen: Seinen angestregten Bemühungen, die nationalitätspolitischen Initiativen der SdP von 1937/38 in das Licht ehrlich gemeinter Völkerverständigung im Nationalitätenstaat zu rücken. Zum einen übergeht Prinz den politischen Kontext dieser Initiativen, deren Realisierung das Herrschaftsmonopol der SdP über die sudetendeutsche Gesellschaft begründet hätte. Eingeschnürt in ein Paket weitestreichender Zumutungen, das bekanntlich eine wichtige Station auf dem Weg zur Annexion des Sudetenlandes durch Hitler darstellte, mußte sich diese Forderung unter den gegebenen Umständen unbedingt destruktiv auswirken – desaströs nicht nur für die Nationalitätenpolitik, sondern für die Demokratie als solche. Nicht von ungefähr wahrte auch der sudetendeutschen Aktivismus äußerst kritische Distanz zu diesen Vorschlägen.

Wenn Prinz – zum zweiten – Heinleins Forderung nach nationalen Katastern als Fortschreibung des seit 1905/1906 in Mähren bewährten Ausgleichsinstrumentariums einstuft, so ignoriert er den völlig unterschiedlichen und neuartigen Inhalt der SdP-Gesetzesvorlagen: Faßten ältere Konzepte „Nationalität“ vornehmlich als Willensgemeinschaft auf, weswegen Nationalitätenwechsel, verbunden mit dem Übertritt in einen anderen Kataster, nicht ausgeschlossen war, so basierte Henleins Vorschlag auf einem „unwiderruflichen“ Nationalitätenbekenntnis⁴⁴. Nationalität war damit – gut nationalsozialistisch – als Abstammungs- bzw. Rassegemeinschaft konzipiert.

Von diesem im Kontext eines modernen, zivilisierten Europa höchst suspekt anmutenden Konzept kann deshalb auch nicht, wie Prinz dies nahelegt, der Bogen zum „Europa der Regionen“ gespannt werden. Henleins Katasterforderung als „richtungsweisend“ für dieses einzustufen, läuft auf eine groteske Fehlinterpretation der regionalistischen Idee wie auf eine Verhöhnung der Opfer von „München“ hinaus.